

von 1907 bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg darin, dass sie junge Menschen im Geist des Antimilitarismus und später des Antifaschismus bildete, erzog, zum aktiven Engagement gegen den Krieg und für den Frieden motivierte und mit ihren Begegnungen, Zeltlagern und Jugendtagen, aber auch mit der Teilnahme und, wenn auch zurückhaltenden, Unterstützung des antifaschistischen Kampfes im spanischen Bürgerkrieg zum Widerstand und vor allem zur praktisch erfahrenen und gelebten internationalen Solidarität beitrug.

*Guido Grünewald*

## **Die deutsche Friedensbewegung 1900 bis 1933 im europäischen Kontext<sup>1</sup>**

Gegenstand meiner Ausführungen ist im Kern die deutsche Friedensbewegung in der Zeit von 1900 bis 1933. Gleichzeitig will ich versuchen, Entwicklungslinien des Pazifismus in europäischen Nachbarländern und im Rahmen internationaler Zusammenarbeit von Friedensorganisationen zu skizzieren. Meine Ausführungen enden im Jahr der Machtübernahme durch Hitler und den Nationalsozialismus, da die weiteren 1930er Jahre für die Friedensorganisationen – vor allem in England und Frankreich; die Friedensbewegung in Deutschland wurde rasch zerschlagen – eine Zeit gravierender Herausforderungen und vieler Widersprüche waren, die hier nicht angemessen behandelt werden können. In meinem Beitrag will ich keine Organisationsgeschichte darstellen, sondern die Motive und Ideen beleuchten, aus denen heraus sich pazifistisches Denken entwickelte, sowie die Ziele und Methoden der Friedensbewegung beschreiben. Außerdem möchte ich aufzeigen, wie sich während des Ersten Weltkriegs und in seiner Folge neue Ideen, Argumentationslinien und Aktionsformen in der Friedensbewegung entwickelten.

Schaut man auf die Herkunftsstränge der organisierten Friedensbewegung, die erstmals mit dem Aufkommen einer bürgerlichen Öffentlichkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung tritt, stößt man in England auf einen religiösen Hintergrund. Bedeutsam für die Friedensbewegung wurden die sogenannten historischen Friedenskirchen: die Mennoniten, die Brüder und vor allem die Quäker. Als einzige Glaubensgemeinschaft aus diesem Traditionsstrang wendeten sich die Quäker der modernen Welt zu. Sie versuchten nicht, den eigenen Glauben in Abschließung von der industriellen Welt zu leben; sie gliederten sich vielmehr in die industrielle Welt ein und versuchten dort Einfluss zu nehmen. Dabei blieben sie aber standfest in ihrem Prinzip der Nicht-Beteiligung an Kriegen, ihrer Absage an Gewalt. Die Friedensgesellschaften, die auf diesem religiösen Hintergrund entstanden, haben teilweise durchaus philanthropische Konnotationen.

Ein zweiter Ideenstrang, aus dem heraus sich liberale Bürger organisiert für Frieden einsetzten, war der Freihandel. Richard Cobden spielte hier eine zentrale

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um die sprachlich überarbeitete Fassung des Vortrags, den der Verfasser auf der Archivtagung 2007 gehalten hat.

Rolle. Er beschrieb die friedensfördernde Funktion des Freihandels wie folgt: „Ich sehe im Freihandel das Prinzip, welches in der moralischen Welt als Gravitationsprinzip des Universums fungieren soll, indem es die Menschen zusammenführt, die Antagonismen von Rasse, Glauben und Sprache beiseiteschiebt und uns in den Banden des ewigen Friedens vereinigt.“<sup>2</sup> Es ist interessant, wie hier das wirtschaftliche Prinzip freien Handels mit idealistischen Vorstellungen einhergeht.

In den 1880er Jahren entstanden in einer zweiten Gründungswelle weitere Friedensorganisationen. Viele von ihnen bedienten sich einer ausgeprägt juristischen Argumentationsweise. Sie orientierten sich an der Maxime „Friede durch Recht“ und strebten die Errichtung einer internationalen Rechtsordnung an. Zu den Organisationen, die damals entstanden, zählen beispielsweise die Association de la Paix par le Droit in Frankreich (Vereinigung für Frieden durch Recht), in den Niederlanden der Allgemeine Nederlandsche Bond „Vrede door Recht“ und in Schweden die Svenska Freds och Skiljedomsföreningen (Schwedische Vereinigung für Frieden und Schiedsgerichtsverfahren).

In Deutschland dagegen konnte sich die Friedensbewegung erst spät dauerhaft organisieren, nämlich 1892. Bezeichnenderweise spielten dort zwei Österreicher eine bedeutende Rolle bei der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft: Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried. Fried, der den größten Teil seines Lebens in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen verbrachte und 1921 verarmt starb, war ein sehr produktiver Mann, der sich der Sache des Friedens engagiert und dauerhaft verschrieb. Er gab unter anderem die Zeitschrift *Die Waffen nieder* und später *Die Friedens-Warte* heraus, für lange Jahre ein wichtiges theoretisches Organ nicht nur der deutschen Friedensbewegung.

Alfred Hermann Fried, der 1911 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, versuchte seit 1905, dem Pazifismus eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Er war der Meinung, dass der Rückgriff auf Moral, auf den moralischen Appell, nicht ausreichte, sondern dass der Pazifismus – und hier liegt durchaus eine Analogie zu marxistisch-sozialistischen Theorien – letztlich eine Erscheinung sei, die im Einklang mit der modernen Zeit und dem Fortschritt stehe. Fried begründete den sogenannten organisatorischen Pazifismus, den er selbst auch als „revolutionären Pazifismus“ bezeichnete. Für ihn war das kriegsbegünstigende Grundübel die Anarchie im internationalen Staatensystem. Notwendig war seiner

2 Richard Cobden, *Speeches on Questions of Public Policy*, London 1908, S. 187, zit. nach: James Hinton, *Protests and Visions. Peace Politics in Twentieth-Century Britain*, London 1989, S. 3: „I see in the Free-trade principle that which shall act on the moral world as the principle of gravitation in the universe – drawing men together, thrusting aside the antagonism of race and creed and language, and uniting us in the bonds of eternal peace.“

Ansicht nach eine internationale Rechtsordnung, welche die Anarchie zwischen den Staaten überwindet.

Dieser Prozess laufe aufgrund der fortschreitenden Entwicklung der Technik quasi naturnotwendig ab: „Diese nicht erst zu schaffende, sondern selbsttätig aus den neuen Verhältnissen sich ergebende zwischenstaatliche Organisation erkennbar zu machen, ihre Entwicklung durch bewusste Handlungen zu beschleunigen und sie von den Hemmnissen der alten Ideen zu befreien, das ist der Inhalt und das Ziel der pazifistischen Lehre.“<sup>3</sup> Aufgabe der Pazifisten war es demnach, die Entwicklung hin zu einem internationalen Rechtssystem bewusst zu machen und im Wege stehende Hemmnisse abzubauen zu helfen. Hemmnisse waren für Fried z. B. Nationalismen oder engstirniges Denken im strikt nationalen Rahmen. Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit dagegen konnten nach Ansicht Frieds nur im Rahmen eines internationalen Rechtssystems verwirklicht werden; sobald dieses errichtet sei, würden sie sich notwendigerweise einstellen. Im Prinzip betrachtete Fried Pazifisten als Friedenstechniker, die eine gesetzmäßige Entwicklung zu beschleunigen versuchten.

Bertha von Suttner, Friedensnobelpreisträgerin von 1905, steht für eine andere Begründung von Pazifismus. Sie ist eher bekannt als diejenige, die moralisch anklagte, und für einen Pazifismus des Herzens stand. Lange Zeit ist dabei übersehen worden, dass sie auch die Empörung der Vernunft angesprochen hat. Denn Bertha von Suttner war eine komplexe Person. Von ihr stammen teilweise sehr scharfsinnige Analysen der zeitgenössischen politischen Ereignisse. Ihre Außen- und Nachwirkung allerdings beruht in der Tat vor allem auf ihrem moralischen Impetus; nicht nur der berühmte Roman *Die Waffen Nieder!* ist hier zu erwähnen.

Sie wendete sich in der Rüstungsfrage gegen Fried. Gegen dessen Behauptung einer gesetzmäßigen Entwicklung formulierte sie: „Erst die Krankheit (die internationale Gesetzlosigkeit) aufheben, dann wird das Symptom (der Rüstungswettlauf) automatisch verschwinden. Pazifisten, meine Freunde, diese Methode will mir nicht recht gefallen. Denn glaubt ihr nicht, dass die Militaristen ebenso geseheiter rasonieren? Da die Beibehaltung der Rüstungen ihr Ziel ist, werden sie den Rechtszustand, den bindenden, hintertürlosen Rechtszustand eben nicht aufkommen lassen. Richtet man seine Angriffe, seine offenen, hartnäckigen, kräftigen Angriffe gegen die Rüstungen, beweist man, dass sie Kriegsgefahren enthalten, weil sie das Misstrauen und die Feindschaft nähren, beweist man, dass sie unweigerlich endlich alle Staaten zugrunde richten müssen, dann wird diese Einsicht den allgemeinen Willen wecken, dieses Symptom, das selber tödlich ist, durch die Heilung der Krankheit zu tilgen, und man wird dann den Rechtszustand, den

3 Alfred Hermann Fried, Vom „absurden“ und vom anderen Pazifismus, in: *Die Friedens-Warte* 18 (1916), S. 346.

Bund zwischen den Staaten einsetzen.<sup>44</sup> Suttner argumentierte also genau umgekehrt wie Fried. Ihrer Ansicht zufolge mussten die in der Rüstung selbst liegenden Gefahren und deren Hintergründe wie beispielsweise die von Profitinteressen angetriebene Rüstungsindustrie verdeutlicht und moralisch anprangert werden, woraus dann die Forderung nach Abrüstung resultierte. Trotz dieser unterschiedlichen Sichtweise lag von Suttner nicht im Konflikt mit Fried; beide arbeiteten in der Friedensbewegung eng zusammen.

Berta von Suttner war keine systematische Theoretikerin. Sie war eine Praktikerin, die als Adelige über einen hervorgehobenen gesellschaftlichen Hintergrund verfügte und dadurch, trotz ihres verpönten Engagements, Zugang zu bestimmten Kreisen hatte, die aber gleichzeitig stark angefeindet und belächelt wurde. Für ihre Gegner war sie übrigens das Symbol für den weiblichen und damit minderwertigen Charakter der Friedensbewegung. Krieg und Militär galten – gerade im Deutschen Reich – völlig unhinterfragt als Domäne der Männlichkeit und als notwendige Instrumente zur Durchsetzung der eigenen Interessen; sie genossen in Kultur und Gesellschaft hohe Wertschätzung. Eine von Frauen angeführte Friedensbewegung musste in dieser Sichtweise unmännlich und undeutsch, wenn nicht sogar antideutsch sein und wurde konsequent ausgegrenzt.

Eine weitere pazifistische Strömung suchte ihre Begründung vor allem in Ethik, Moral und Idealismus. Die verschiedenen Strömungen standen nicht wirklich in einem Gegensatz zueinander, vielmehr vermischten sie sich in jeweils unterschiedlicher Form. Ein Hauptvertreter der idealistischen Strömung war in Deutschland Ludwig Quidde, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1927, einer der großen Führer der deutschen Friedensbewegung und lange Jahre Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Quidde hat seinen Ansatz folgendermaßen beschrieben: „Darum ist letzten Grundes die Friedensbewegung eine ethische Bewegung. Sie will und sie muss die Menschen und die Völker umgestalten in ihrem inneren Bewusstsein. Wie für die einzelnen, so soll auch für die Völker nur ein Recht und eine Moral herrschen. Wir wollen die Gewissen der Menschen aufrütteln und besonders den Abscheu gegen den Krieg verbreiten. Unsere Bewegung ist ohne Idealismus nicht möglich, darum bekennen wir uns offen dazu, die wir die dauernden Interessen der Menschheit im Auge haben.“<sup>45</sup> Dies war ein deutlicher Unterschied zur Position Frieds und seinem Bild vom Pazifisten als Friedes-techniker.

4 Bertha von Suttner, *Rüstung und Überrüstung*, Berlin 1910, S. 10.

5 Vortrag Ludwigs Quiddes „Der verachtete Idealismus der Friedensbewegung“ auf dem VII. Deutschen Friedenskongress am 23./24. Mai 1914 in Kaiserslautern, in: *Völkerfriede* 15 (1914), S. 81.

Im späten 19. Jahrhundert beeinflusste auch die Waffenentwicklung das pazifistische Denken. Zwei wichtige Publikationen, die in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg erschienen und sich mit dem Charakter und den Folgen eines künftigen Krieges zwischen den großen Mächten beschäftigten, griffen neben wirtschaftlichen und sozialen Faktoren auch die Rolle von Massenvernichtungswaffen auf. Um die Jahrhundertwende veröffentlichte Johann von Bloch sein großes, sechsbändiges Werk mit dem Titel *Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*. Bloch wies darin nach, dass ein allgemeiner Krieg zum Ruin aller beteiligten Staaten führen würde, sowohl aufgrund der waffentechnischen Entwicklung als auch der ökonomischen. In *The Great Illusion* sah Norman Angell 1909 hellsichtig den Krieg in den Schützengräben, den Abnutzungskrieg, voraus, den sich die meisten zu dieser Zeit nicht hatten vorstellen können.

Im Vergleich zur sozialistischen antimilitaristischen Bewegung bleibt festzuhalten, dass sowohl pazifistische als auch antimilitaristische Kritiker der Hochrüstung in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wohl die furchtbaren Wirkungen neuer Waffensysteme erahnten, einschließlich konkreter Hinweise auf künftige Massenvernichtungswaffen wie chemische Waffen und die Luftrüstung. Die Wirklichkeit des Ersten Weltkriegs als Abnutzungskrieg in den Schützengräben und seine zeitliche Ausdehnung sowie die räumliche Ausweitung auf die „Heimatfront“ war allerdings auch für die meisten von ihnen ein Schock und nicht vorhersehbar.

Wenn man die pazifistischen Strömungen zusammenfasst, lässt sich feststellen, dass sich die Pazifisten vor dem Ersten Weltkrieg als Teil einer allgemeinen Kulturbewegung sahen. Für sie war ganz klar, dass sie den Fortschritt verkörperten und der Krieg letztlich eine überholte Institution war, die nicht mehr im Einklang mit der erreichten Zivilisations- und Kulturstufe stand. Sie betrachteten sich als Teil einer umfassenden bürgerlichen Reformbewegung, die u. a. auf die Abschaffung der Todesstrafe abzielte, sich einsetzte für Bodenreformen, pädagogische Reformen, den Tierschutz, ein Verbot der Vivisektion, für Abstinenz und Vegetarismus. Dieser umfassende Forderungskatalog beinhaltete beachtliche Fortschritte und Einsichten, hatte aber auch problematische Seiten. Da war einmal die Gefahr, dass man den zugrundeliegenden Fortschrittsglauben unreflektiert übernahm und Teilfortschritte in bestimmten Bereichen unkritisch als Nachweis für einen allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt ansah. Zum Anderen enthalten derart umfassende, auf Alternativwerten beruhende und auf Umbrüche abzielende Bewegungen fast immer auch irrationale, rückwärts gerichtete Tendenzen, die auf eine Idylle abzielen und sich gegen die Außenwelt tendenziell abschotten. Das trifft z. B. auf einen Teil der damals entstehenden Landkommunen zu.

Die soziale Basis der damaligen Friedensbewegungen wies in den europäischen Ländern jeweilige Besonderheiten auf, speiste sich aber letztlich aus der bürgerlichen, unteren Mittelschicht. Hinzu kamen einzelne Honoratioren, die teilweise durchaus höhere soziale Positionen innehatten. Zumindest in Deutschland wurden diese Menschen aber infolge ihres Engagements gesellschaftlich geächtet. Im Deutschen Reich war der Pazifist ein Fremdkörper, der in fast allen Gesellschaftsschichten, vor allem in den tonangebenden, heftig abgelehnt wurde. In anderen Ländern war das teilweise anders, aber auch dort blieben Pazifisten letztlich Außenseiter. Dass diese Menschen, oder zumindest einzelne von ihnen, sich dennoch immer wieder mit ganzer Kraft ihrer Idee und Zielvorstellung widmeten, war unter anderem auf das Gefühl zurückzuführen, dass man sich im Einklang mit dem Fortschritt und damit zumindest langfristig auf einer Erfolgsstraße befand. Dies verband Pazifisten mit sozialistischen Antimilitaristen. Von manch sozialistischem Vertreter einer deterministischen Geschichtsauffassung unterschied sie jedoch die Auffassung vom Krieg als einer von Menschen gemachten Institution, die abgeschafft werden solle und auch abgeschafft werden könne, ohne dass dazu auf die fundamentale Neuordnung der Gesellschaft gewartet werden müsse.

Die Mittel, mit denen die Pazifisten bis zum Ersten Weltkrieg arbeiteten, waren – ihrem bürgerlichen Charakter entsprechend – Aufklärung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Von deren Macht zeigte sich die Deutsche Friedensgesellschaft 1906 in einer Broschüre überzeugt: „Auf welche Weise werden die Völker und ihre Regierungen auf den einzig richtigen Weg hingewiesen? Durch die Schaffung einer friedfertigen öffentlichen Meinung. Dieser Großmacht, der auf die Länge kein Fürst noch Parlament widerstehen kann. Wenn sie von der Wahrheit getragen ist. Die öffentliche Meinung wird aber in unserem Sinne bearbeitet durch Propaganda in Wort und Schrift. Durch Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen und Gründung von Friedensvereinen. Je mehr Mitglieder diese zählen, umso wichtiger und nachhaltiger ist ihre Wirksamkeit, desto größer das Ansehen ihrer Anschauungen und ihrer Bestrebungen.“<sup>6</sup>

Ein weiteres Mittel waren Appelle an die Mächtigen. In erster Linie an die Regierungen und Monarchen, aber auch an Parlamente in den Ländern, in denen diese mitentscheiden konnten. In den Anfängen enthielten sich die Friedensgesellschaften direkter politischer Stellungnahmen weitgehend. Intern wurde durchaus heftig diskutiert, ob in aktuellen politischen Streitfragen Stellung bezogen werden sollte oder ob man sich auf die Errichtung eines internationalen Rechtssystems als wichtigstes Ziel konzentrieren sollte. Spätestens 1905/06 war diese Frage auch im 1891 gegründeten Internationalen Friedensbüro zugunsten

6 Flugschrift „Was wollen die Friedensgesellschaften?“, abgedruckt in: Friedensblätter 7 (1906), S. 85 ff.

der zweiten Alternative entschieden. Das Friedensbüro, das bis 1914 als *der* Dachverband der nationalen Friedensorganisationen fungierte, unterhielt eine Aktualitätenkommission, die ab diesem Zeitpunkt sehr wohl aktuelle Streitfragen behandelte: darunter auch brisante internationale Streitfragen etwa zwischen Deutschland und Frankreich, den Tripolis-Krieg Italiens 1911, Marokko, aber auch ein explosives Thema wie die Anliegen unterdrückter Völkerschaften.

Allerdings äußerte sich die Friedensbewegung in diesen Fragen mit einer gewissen Zurückhaltung, die sich auf die Honoratiorenprägung der Bewegung und die Absicht, innerhalb des vorgefundenen gesellschaftlichen Systems zu agieren, zurückführen lässt. Das war ein großer Unterschied zur Arbeiterbewegung. Zwar gab es immer wieder Versuche von Seiten der Pazifisten, Anknüpfungspunkte zumindest zu Teilen der Arbeiterbewegung zu finden. Allerdings muss man nüchtern konstatieren, dass diese Versuche oft halbherzig blieben, weil erwartet wurde, dass die Arbeiterbewegung sich an die Methoden und die Denkweisen der bürgerlichen Friedensbewegung anpasse. Das gilt umgekehrt auch für die Arbeiterbewegung. Auf beiden Seiten versuchten Einzelne, jenseits der eigenen Denkschemata auf die andere Seite zuzugehen. Die überwiegende Mehrheit in beiden Lagern war allerdings der Auffassung, die jeweils andere Seite solle die Überlegenheit der eigenen Positionen anerkennen. Ein wesentlicher Unterschied bestand darin, dass für die Pazifisten klar war, dass sie im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems agierten. Ihr Ziel war nie Revolution, sondern Reform. Die Militarismuskritik bürgerlicher Pazifisten zielte deshalb zum Beispiel mehr auf die sozialpsychologische Wirkung des Militarismus und dessen Ausbreitung in der Gesellschaft. Die ökonomische Komponente war eher unterbelichtet. Vereinzelt haben Pazifisten wirtschaftliche Aspekte in ihrer Militarismuskritik berücksichtigt, aber im Mittelpunkt standen für sie die Durchdringung der Gesellschaft mit militaristischem Gedankengut und die Folgen für die Mentalität der Menschen. Eine kontrovers-konstruktive Diskussion beider Konzepte hätte durchaus fruchtbar sein können.

Innenpolitisch forderten die Pazifisten Reformen. Durch Verringerung von Militär und Rüstung sollten Gelder frei und für soziale Reformen eingesetzt werden. Auf diese Weise sollte auch die Lage der Arbeiterschaft verbessert werden. Auch die Transformation des internationalen Systems sollte auf dem Weg der Reform geschehen. Man wollte die Regierungen nicht herausfordern, sondern im Sinne der Pazifisten zum positiven Handeln provozieren. So wurden beispielsweise die Forderungen nach einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zumindest anfangs in moderater Form erhoben und so präsentiert, dass reformwillige Kreise in den Regierungsapparaten sie aufgreifen konnten. Erst später, während des Ersten Weltkrieges, begann der Zusammenhang zwischen innenpolitischer Lage, innenpolitischer Struktur und äußerer Friedenspolitik ins Blickfeld zu geraten.

Ungeachtet ihrer Kritik an Nationalismus und Militarismus verstanden sich die Pazifisten als Patrioten. Dieses Selbstverständnis bildete die Grundlage für ihre Diskussionen und die Zusammenarbeit etwa im Rahmen des Internationalen Friedensbüros. Nationale Interessen hatten für die Pazifisten durchaus einen gewissen Vorrang; die Souveränität der Staaten wurde nicht angezweifelt, eine Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten stieß auf Ablehnung. Das Recht zu einem Verteidigungskrieg war unbestritten. Einseitige Abrüstung oder Kriegsdienstverweigerung gehörten bis zum Ersten Weltkrieg nicht zu den Forderungen der Friedensbewegung; sie wurden sogar abgelehnt.

Nur kleine Strömungen der Friedensbewegung, die aus der angelsächsischen Quäker-Tradition kamen, vertraten einen radikalen Pazifismus, der Gewaltverzicht beinhaltete. In den meisten Ländern waren radikale Pazifisten eine kleine Minderheit. In Norwegen, das 1922 als fünftes Land die Kriegsdienstverweigerung per Gesetz anerkannte, waren es religiöse Sozialisten, die in den 1890er Jahren eine Kampagne begannen, die erstmals eine größere Zahl vorrangig politisch motivierter Verweigerer vereinte. Ansonsten war es Lew Tolstoi mit seinem christlichen Anarchismus, der Anhänger fand und so die Idee der Kriegs- und Heeresdienstverweigerung ein Stück weit verbreitete. Die deutschen Pazifisten positionierten sich eindeutig gegen einseitige Abrüstungsbestrebungen, die allein Deutschland wehrlos machen würden. Als Patrioten kam für sie nur die Forderung nach einer gegenseitigen Abrüstung in Frage; mit Kriegsdienstverweigerern wollten sie nichts zu schaffen haben.

Bis 1914 gab es im Deutschen Kaiserreich keine Verweigerer, zumal Anarchisten nur eine Randexistenz fristeten und ja auch nur eine kleine Strömung innerhalb der anarchistischen Bewegung militant gewaltfrei ausgerichtet war. Im Ersten Weltkrieg blieb die Zahl der Kriegsdienstverweigerer mit knapp hundert sehr überschaubar. Die größte Gruppe stellten Mitglieder religiöser Sekten, vor allem Adventisten. Dazu kamen einige wenige bürgerliche Verweigerer, eine geringe Zahl sozialistischer Abweichler und einige Anarchisten. Während die politischen und religiösen Verweigerer zu harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurden bürgerliche Verweigerer meist durch die Einweisung in psychiatrische Anstalten stillgestellt.

Das Unverständnis auch unter traditionellen Pazifisten gegenüber Kriegsdienstverweigerern wird durch eine Szene bei der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft 1917 illustriert. Erwin Cuntz, ein Rechtsanwalt aus Waldkirch, der als Verweigerer mit dem Befund „Tolstoianer“ für mehrere Wochen in psychiatrische Kliniken eingewiesen worden war, schlug vor, den Krieg durch massenhafte Wehrdienstverweigerung zu beenden. Die darauf folgende Situation beschrieb er später folgendermaßen: „Die Versammlung war starr. Justizrat Heilberg, Breslau, rettete die Situation mit den Worten: ‚Aber Herr Kollege, Sie

müssten als Jurist doch wissen, dass man einmal gegebenen Gesetzen als guter Staatsbürger gehorchen muss.‘ Cuntz darauf: ‚M.E. ist es die Pflicht des guten Bürgers, den schlechten Gesetzen den Gehorsam zu verweigern.‘“<sup>7</sup>

In der internationalen Friedensbewegung – die Pazifisten trafen sich seit 1889 regelmäßig auf Internationalen Friedenskongressen – etablierte sich als Mehrheitsauffassung, dass die Einrichtung von Schiedsgerichten und die Errichtung eines internationalen Rechtssystems Vorrang vor Abrüstungsschritten hätten. Kommissionen erarbeiteten dazu verschiedene Pläne, u. a. einen Stufenplan, der ausgehend von einzelnen Schiedsgerichtsverträgen schrittweise den Weg zu einem ständigen, internationalen Schiedsgerichtshof aufzeigte. Dieser sollte permanent tagen, mit je einem Richter pro Nation besetzt sein und bindende Entscheidungen treffen können, insofern also die staatliche Souveränität einschränken. Eine Appellationsinstanz war vorgesehen. Der Schiedsgerichtshof sollte außerdem entscheiden, bei welchen Disputen es sich um Fragen von vitalen nationalen Interessen oder sogenannte Ehrenfragen handelte. Denn derartige Streitfragen, darin zeigte sich wieder europaweit der Patriotismus der Pazifisten, könnten nun einmal nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden. Umstritten blieb in der internationalen Friedensbewegung die Frage, ob bei Nichtbefolgung von Schiedsurteilen Sanktionen zur Anwendung kommen sollten. 1906 beschloss der Mailänder Weltfriedenskongress, dass Sanktionen keinesfalls kriegerischen Charakter tragen dürften. Einige Jahre später diskutierten die Pazifisten über ökonomische Sanktionen wie Wirtschaftsboykotte, das Verbot von Anleihezeichnungen im Ausland und die Beschlagnahme von auswärtig angelegtem Kapital. Zahlreiche Stimmen äußerten Bedenken, da derartige Maßnahmen nachteilige Folgen für die materiell schlecht gestellte Arbeiterschaft in den betroffenen Ländern hätten.

Auf dem Weltfriedenskongress 1910 in Stockholm wurde ein umfangreicher, 145 Paragraphen umfassender Friedenskodex (Code de la Paix) vorgestellt, in dem viele der vorangegangenen Diskussionen zusammenflossen. Bemerkenswerterweise beschäftigte sich der Kodex explizit mit den Belangen der Menschen in den Kolonien. Er enthielt Vorschläge für ein Überwachungssystem gegen Machtmissbrauch durch die europäischen Kolonialmächte und sah Maßnahmen zur Förderung der Unabhängigkeit der kolonisierten Völker vor. Allerdings war der Ansatz ein paternalistischer: Es war Aufgabe der Europäer, die in den Kolonien lebenden Menschen zu erziehen, ihren moralischen und materiellen Zustand zu verbessern und sie auf die Autonomie vorzubereiten. Das Bild des weißen Mannes als Träger der Zivilisation teilten die Pazifisten so mit den Kolonialherren.

7 60 Jahre Pazifist. Manuskript zum Vortrag von Rechtsanwalt Erwin Cuntz am 19.11.1957 in Freiburg, S. 3.

Im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg geriet zunehmend der internationale Rüstungswettlauf ins Blickfeld. Die Pazifisten sahen, dass das Wettrüsten immer mehr Ressourcen verschlang, und sie betrachteten mit Sorge die kriegsfördernde Wirkung der Aufrüstung. Eine andere Auffassung vertrat Alfred Hermann Fried. Er formulierte im Prinzip eine frühe Abschreckungstheorie, indem er argumentierte, dass die Rüstung einen positiven Zweck erfülle, solange die zwischenstaatliche Anarchie vorhanden sei. Sie hindere Rechtsbrecher – quasi die schlimmsten Anarchisten des internationalen Systems – daran, andere zu überfallen.

Die Mehrzahl der Pazifisten vertrat jedoch eine andere Sichtweise. Sie argumentierten, die Rüstungen als solche verschärften das Misstrauen zwischen den Nationen und förderten Nationalismus und Militarismus. Der Wehrerziehung und dem Wirken nationalistischer und militaristischer Propagandaverbände, die Misstrauen bis hin zum offenen Hass auf alles Fremde schürten, versuchten die Pazifisten Ansätze einer Erziehung zum Frieden entgegenzusetzen. Ihre friedenspädagogischen Vorschläge zielten auf Schulen, die Erwachsenenbildung und die Sonntagsschulen der Religionsgemeinschaften, fanden aber nur geringe Resonanz. Begegnungen zwischen den Menschen, darunter – wie bei sozialistischen Jugendorganisationen – Grenztreffen und Zeltlager, sollten zur Völkerverständigung beitragen und den Blick für die Vorteile internationaler Zusammenarbeit schärfen.

Der Erste Weltkrieg veränderte auch die Welt der Pazifisten grundsätzlich und führte zu vielfältigen Veränderungen im pazifistischen Spektrum. Im April 1915 tagte in Den Haag auf Initiative von Friedensorganisationen aus den neutralen Staaten eine internationale Konferenz, auf der das Haager Mindestprogramm verabschiedet wurde, das Grundsätze für einen dauerhaften Frieden nach Beendigung des Krieges formulierte. Kurze Zeit später tagte am gleichen Ort eine internationale Frauenkonferenz, aus der später die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hervorging. Das Haager Mindestprogramm griff viele Ideen der Vorkriegszeit wieder auf und entwickelte einige davon vorsichtig weiter. „Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung. Deren Zustimmung soll, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden. Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.“ Diese Forderungen waren vor dem Krieg in der internationalen Friedensbewegung teilweise umstritten. Einen Rückgriff auf die Theorie der friedensfördernden Wirkung des Freihandels und damit auf einen der Traditionsstränge der Friedensbewegung bedeutete hingegen der zweite Punkt, in dem es hieß: „Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.“

Auf den Ausbau der internationalen Streitschlichtung zielte Punkt drei des Programms: „Das auf die friedliche Organisation der Staatsgesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenzen soll ausgebaut werden.“ Gefordert wurden ein ständiger Internationaler Gerichtshof und eine Vereinbarung der Staaten, „alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen“. Außerdem sollten sich die Staaten verpflichten, „eine vereinbarte – diplomatische, wirtschaftliche oder militärische – Aktion durchzuführen“, falls ein Staat zu militärischen Mitteln griff, statt den Streitfall dem Gerichtshof zu unterbreiten.

Punkt vier legte die Abrüstung als politisches Ziel fest: „Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.“ Eine bedeutende und längerfristige, wenngleich in der Idee nicht neue Entwicklung für den pazifistischen Politikansatz stellte schließlich der fünfte Punkt dar: „Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden. Geheime Verträge sollen nichtig sein.“<sup>8</sup>

Noch vorsichtig und eher diplomatisch formuliert kam hier der Zusammenhang von innerer und äußerer Politik zur Sprache, von Mitsprache und Demokratie im Inneren und einer an friedlichem Ausgleich orientierten Außenpolitik. Fragen von Krieg und Frieden sowie die gesamten internationalen Beziehungen sollten dem Monopol von Monarchen und Regierungskabinetten entzogen und im öffentlichen Raum verhandelt werden. Diese Forderung ist leider auch heute noch von aktueller Brisanz. Die starke Friedensbewegung der 1980er Jahre hat versucht, die Außen- und Sicherheitspolitik zu demokratisieren und einer öffentlichen Debatte zu unterziehen. Das ist nur ansatzweise und temporär gelungen. Auch heute werden Entscheidungen über Rüstungsprojekte und Kriege sowie militärische Interventionen ohne größere öffentliche Debatte von Regierungen getroffen. Selbst die Abgeordneten in den Parlamenten erhalten nur magere Informationen und haben wenig Einfluss auf die Beschlüsse.

Eine wichtige Entwicklung und signifikante Änderung aufgrund der Kriegserfahrung betraf die Kriegsdienstverweigerung. In England entstand im Ersten Weltkrieg erstmals eine zahlenmäßig relevante Verweigererbewegung. Während sich viele Schotten und Waliser aus nationalistischen Motiven der Kriegsmaschinerie entzogen, opponierte in England die 1915 gegründete No Conscription Fellowship gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. In ihr vereinten sich drei Motivstränge: Sozialisten, die der Independent Labour Party nahe standen, verbanden mit der Wehrpflicht Militarismus, Krieg im Interesse der herrschenden Klasse und die Unterdrückung demokratischer Werte. Radikalliberale Kräfte

8 Abdruck des Haager Mindestprogramms in: Völker-Friede 16 (1915), S. 94.

knüpften an eine bestehende libertäre Tradition an, die dem Staat das Recht absprach, Menschen zu einem Zwangsdienst zu verpflichten, selbst in Notzeiten. Wenn Menschen dienen wollten, täten sie das aus freien Stücken, argumentierten sie; Zwang sei mit demokratischen und liberalen Werten unvereinbar. Eine dritte Gruppe bestand aus Quäkern und Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften, die sich der Gewaltfreiheit verschrieben hatten.

Nicht zuletzt dem Widerstand gegen die Wehrpflicht ist es zu verdanken, dass im britischen Wehrpflichtgesetz von 1916 erstmals überhaupt eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienstverweigerer enthalten war. Die offiziell bekannten 16.500 britischen Verweigerer – wirklich gesicherte Zahlen liegen nicht vor – mussten vor Tribunalen erscheinen; nur wenige Hundert wurden von jedem Dienst freigestellt. Mehr als 3.000 Verweigerer akzeptierten einen unbewaffneten Dienst in der Armee beziehungsweise im Medizinischen Korps; weitere 7.000 leisteten einen Alternativdienst, der nicht unter militärischer Kontrolle stand. Etwa 6.000 Kriegsdienstverweigerer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, von denen ca. 4.300 nach einer Revision ihrer Verhandlung einem Dienst in eigens eingerichteten Arbeitslagern zustimmten. 1.700 sogenannte Absolutisten (Totalverweigerer) lehnten auch jeden Ersatzdienst ab, weil sie den Krieg auf keine Weise unterstützen und keinen Menschen durch die Übernahme einer wichtigen zivilen Arbeit für die Front freisetzen wollten. Sie verbrachten mehrere Jahre im Gefängnis, da sich die englische Regierung auch nach dem Waffenstillstand im November 1918 mit ihrer Entlassung Zeit ließ. Die Haftbedingungen waren hart, denn in den Gefängnissen herrschten damals allgemein schlimme Zustände. Mindestens 73 Verweigerer starben an den Folgen ihrer Haft, andere erlitten langwierige gesundheitliche und psychische Folgeschäden. Ein Kern politisch motivierter Verweigerer versuchte, mit Arbeitsverweigerung, Hungerstreiks und anderen Formen der Nicht-Zusammenarbeit eine Verbesserung der schlimmsten Missstände zu erreichen, oft vergeblich. Auf ihre Aktivitäten ging eine Reihe von Reformen zurück, die nach dem Ersten Weltkrieg in den englischen Gefängnissen zum Tragen kamen.

Auf der Grundlage der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs – Erschütterung der internationalen Machtordnung, Verheerung der Menschen als Schlachtmaterial im Abnutzungs- und Grabenkrieg – differenzierte sich nach 1918 pazifistisches Denken und Handeln. Das schlug sich auch in der Neugründung von Organisationen außerhalb der bisherigen Kristallisationszentren Deutsche Friedensgesellschaft und Bund Neues Vaterland (später Deutsche Liga für Menschenrechte) nieder. Am Beispiel des Deutschen Friedenskartells (DFK), das 1921 als Koordinierungsgremium der deutschen Friedensbewegung entstand, lässt sich das breit ausdifferenzierte Spektrum an Friedensorganisationen nach dem Ersten Weltkrieg verdeutlichen. Innerhalb des Kartells existierte eine rechte Fraktion, die aus der

Deutschen Liga für Völkerbund und dem Verband für internationale Verständigung bestand. Beide erhielten finanzielle Unterstützung vom Auswärtigen Amt. Im Gegensatz zu den Nationalisten traten sie für einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ein – Deutschland war zunächst nicht zugelassen und schloss sich erst 1926 dem Völkerbund an –, sahen aber ihr Hauptziel in einer Stärkung der internationalen Stellung Deutschlands. In der antimilitaristischen oder radikalpazifistischen Fraktion fanden sich Organisationen wieder, die den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung aufgriffen. Dazu zählten u. a. der Bund der Kriegsdienstgegner, der Friedensbund der Kriegsteilnehmer, die Gruppe Revolutionärer Pazifisten, die Liga gegen koloniale Unterdrückung/Liga gegen Imperialismus und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Eine weitere Gruppierung bildeten religiös orientierte Organisationen wie der Friedensbund Deutscher Katholiken, die Großdeutsche Volksgemeinschaft, der Bund Religiöser Pazifisten, der Internationale Versöhnungsbund und die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker). Hinzu kamen Jugendorganisationen wie die Weltjugendliga, der Deutsche Pazifistische Studentenbund, der Bund freier sozialistischer Jugend sowie kulturpolitische Organisationen, von denen ich beispielhaft den Bund entschiedener Schulreformer, den Bund für Mutterschutz, den Deutschen Monistenbund, den Freideutschen Bund und den Bund für radikale Ethik nennen möchte.

Auch auf internationaler Ebene kam es zu einer organisatorischen Differenzierung. Das Internationale Friedensbüro, bis zum Ersten Weltkrieg Sammelpunkt der nationalen Friedensorganisationen, verlor schon während des Weltkriegs diese Funktion. Im Friedensbüro verblieben die Anhänger des altbürgerlichen Völkerrechtspazifismus. Es bildeten sich Organisationen mit jeweils spezifisch ausgeprägter antimilitaristisch-pazifistischer Zielsetzung wie die War Resisters' International (WRI, Internationale der Kriegsdienstgegner), die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, der Internationale Versöhnungsbund, das Internationale Anti-Militaristische Büro gegen Krieg und Reaktion, ein Zusammenschluss von Anarcho-Syndikalisten, oder auch die Völkerbundliga, deren nationale Sektionen nicht überall so eng der Regierungspolitik folgten wie in Deutschland. In England beispielsweise spielte die League of Nations Union eine wichtige Rolle innerhalb der Friedensbewegung.

Die Friedensbewegung erschloss sich nach dem Krieg weitere soziale Trägerschichten. Vor allem Angehörige des Kleinbürgertums schlossen sich nun der bürgerlichen Friedensbewegung an und auch Teile der Arbeiterschaft näherten sich an. In einer Reihe von Ländern kam es zu direkten Kontakten zwischen der organisierten Arbeiterschaft und der Friedensbewegung, besonders in England, aber auch in Frankreich, wo Jean Jaurès schon vor dem Ersten Weltkrieg in diese Richtung gewirkt hatte. In Frankreich erhielten die Pazifisten außerdem Verstärkung aus dem radikalliberalen Lager.

In der internationalen Friedensbewegung kamen neue Themen und Strategien auf. Ein Beispiel ist der Feminismus. Im England der 1920er und 1930er Jahre wurden in der Friedensbewegung drei feministische Ansätze diskutiert. Einer davon war ein auf gleiche Rechte (*Equal Rights*) für Frauen zielender Ansatz, der implizit davon ausging, dass Frauen für die Gestaltung der internationalen Politik andere Qualitäten mitbrächten als Männer. Anhängerinnen dieser Richtung argumentierten, Frauen müssten das gleiche Recht wie Männer haben, in Fragen von Krieg und Frieden mit zu entscheiden. Dementsprechend wurde gefordert, dass bei der Genfer Abrüstungskonferenz mehr Frauen in den Entscheidungsgremien sitzen sollten.

Allerdings wurde nicht thematisiert, welche Position diese Frauen beziehen sollten. Diese feministische Position stieß in der Friedensbewegung durchaus auf interne Kritik. Die zweite feministische Strömung, die damals nur schwach ausgeprägt war, argumentierte aus einer radikalen Genderperspektive und brachte Männlichkeit in eine enge Verbindung mit Gewalt. Exemplarisch für diese Position ist ein Zitat der US-amerikanischen Feministin Elizabeth Robbins, die 1924 formulierte: „Kriege werden verschwinden, wenn dem Friedenswillen der Frauen gleiches Gehör geschenkt wird und sie die gleiche Autorität in Gremien haben wie kriegswillige Männer.“<sup>9</sup> Vorherrschend wurde als dritte Variante ein Feminismus der Mütterlichkeit. Dieser betonte die Lasten und Leiden, die Kriege für die Zivilbevölkerung und damit vor allem für Kinder und Frauen mit sich brachten. Andererseits hob er die wichtige Rolle hervor, die Mütter für die Erziehung ihrer Söhne – der möglichen künftigen Soldaten – hätten.

Einen umfassenden Ansatz vertraten die Anarcho-Pazifisten, die in der WRI größeren Einfluss hatten. Ihnen ging es nicht nur um eine eindeutige Absage an Gewalt und Kriegsvorbereitung, sondern auch um die Bekämpfung aller Kriegsursachen. In der 1921 verabschiedeten Grundsatzserklärung der WRI hieß es dazu: „Als Ursachen des Krieges sehen wir nicht nur Selbstsucht und Habsucht an, die sich in jedem Menschenherzen finden, sondern auch alle Faktoren, welche die Menschen als Massen zu gegenseitigem Hass und Massenmord führen. Wir sehen in den folgenden Antrieben die für unsere Zeit wichtigsten: 1. Die Unterschiede der Rassen, die zu Neid und Hass künstlich gesteigert werden. 2. Die Unterschiede der Glaubensbekenntnisse, die durch Unduldsamkeit zu gegenseitiger Miss-

9 Anonymous [Elizabeth Robbins], *Ancilla's Share: An Indictment of Sex Antagonism*, London 1924, S. 300; zit. nach: Jill Liddington, „Wars will cease when ...“. Feminism and Anti-Militarism in Britain 1918–1939, in: *Twentieth-Century Peace Movements. Success and Failures*, hg. v. Guido Grünewald u. Peter van den Dungen, Lewiston, Queenstown, Lampeter 1995, S. 81–99, Zitat S. 89: „Wars will cease when women's-will-to-peace is given equal hearing and equal authority in council with men's-will-to-war.“

achtung künstlich aufgestachelt werden. 3. Die Gegensätze der Klassen, der Besitzenden und Nichtbesitzenden, die fast unvermeidlich hintreiben zu Völker- und Bürgerkrieg, solange das gegenwärtige Produktionssystem besteht, das auf Profitwirtschaft anstatt auf Bedarfswirtschaft beruht. 4. Die Gegensätze der Nationen, in denen wir zum großen Teil eine Folge des jetzigen Produktionssystems sehen, das zum Weltkrieg und zu wirtschaftlichem Chaos geführt hat. Wir sind überzeugt, dass diese Gegensätze durch eine den Bedürfnissen der einzelnen Nationen angepasste Regelung der Weltwirtschaft ausgeglichen werden können. 5. Endlich sehen wir auch eine wesentliche Ursache des Krieges in der falschen Auffassung über das Wesen des Staates. Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“<sup>10</sup>

Diese breite Definition von Kriegsursachen und die Betonung der Rolle des Individuums beinhalteten deutliche Unterschiede zur Argumentation sowohl der traditionellen Arbeiterbewegung wie auch der bürgerlichen Friedensbewegung. Eine herausragende Persönlichkeit des Anarcho-Pazifismus war der Niederländer Bart de Ligt, der einen entschiedenen Antimilitarismus mit tiefer Spiritualität verband. Für de Ligt standen nicht die Klassenverhältnisse, sondern der Mensch als Person im Mittelpunkt. Wie Bakunin hielt de Ligt eine doppelte Revolution für notwendig: In der äußeren Welt sollten die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umstände verändert werden, aber ebenso notwendig sei eine moralische und spirituelle Transformation in jedem Menschen: „Im gleichen Moment, in dem wir uns weigern, unsere Person in den Dienst des kapitalistisch-militaristischen Regimes zu stellen, machen wir den Kapitalismus unmöglich. Nicht die Umstände (die von Zufällen abhängen) erreichen das, nichts Äußeres [...], sondern das innere Selbst, das Spirituell-Mentale, das heißt, die Persönlichkeit des Menschen, die ihre eigene Freiheit erschafft inmitten und trotz der Umstände und die ihre freiheitsschaffende Macht selbst angesichts höherer, vernichtender Umstände zeigen kann, indem sie sich treu bleibt.“<sup>11</sup>

De Ligt's Strategie setzte auf gewaltfreie, direkte Aktionen. 1934 stellte er auf der internationalen Konferenz der WRI in Welwyn (England) einen umfassenden „Plan einer Kampagne gegen jeden Krieg und jede Kriegsvorbereitung“ vor, der auf allen Ebenen – Militärdienst, Industrieproduktion, Bildungswesen, Wissenschaft etc. – zur persönlichen Verweigerung jeder Mitwirkung an kriegsvorberei-

10 Dokumentation der Grundsatzserklärung in: *Friedens-Warte* 31 (1931), S. 313 f.

11 Bart de Ligt, *Socialisme en dienstweigerung* (1916), abgedruckt in: Bart de Ligt, *Kerk, cultuur en maatschappij*, Arnhem 1925, S. 115; zit. nach Herman Noordegraaf, *The Anarchopacifism of Bart de Ligt*, in: *Challenge to Mars. Essays on Pacifism from 1914 to 1945*, hg. v. Peter Brock und Thomas P. Socknat, Toronto, Buffalo, London 1999, S. 89–100, Zitat S. 91.

tenden Aktivitäten aufrief.<sup>12</sup> Bis heute handelt es sich um den systematischsten Plan eines gewaltlosen Kampfes gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung. Bart de Ligt propagierte auch die Idee einer „verantwortlichen Produktion“. Einige Betriebsräte aus deutschen Rüstungsfirmen griffen diesen Gedanken in den 1970er und 1980er Jahren auf, als sie Initiativen für eine Umstellung der Rüstungsproduktion in ihren Betrieben auf die Herstellung sozial nützlicher Güter ins Leben riefen.

Zur Zeit der Weimarer Republik existierten in Deutschland zwei Hauptströmungen des Pazifismus. Eine davon war die antimilitaristisch-radikalpazifistische Strömung. Sie ging letztlich von der Unantastbarkeit und Heiligkeit des menschlichen Lebens aus und lehnte jeden zwischenstaatlichen Krieg ab, ebenso einen Bürgerkrieg zur Durchsetzung der sozialen Revolution. Auch ein Verteidigungskrieg oder ein Sanktions- beziehungsweise Exekutionskrieg des Völkerbundes war für die Anhänger dieser Richtung illegitim, während sie sonst den Völkerbund prinzipiell unterstützten. Nicht konsequent diskutiert wurde von den radikalen Pazifisten der Weimarer Zeit die Frage, welche Art von Sanktionsmitteln als Alternative zum Schutz der angestrebten internationalen Rechtsordnung eingesetzt werden sollten. Über wirtschaftliche Sanktionen und ihre problematischen Aspekte wie die möglicherweise mangelhafte Effektivität oder ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung wurde in den 1930er Jahren vor allem in England in der Debatte zwischen Pazifisten und Internationalisten diskutiert, als es um die Frage ging, wie auf die Aggressionskriege Japans und Italiens sowie den Putsch Francos in Spanien reagiert werden könne. Zusammen mit dem Austritt Deutschlands waren das die Krisen, die dem Völkerbund den Todesstoß versetzten.

Die wichtigsten Mittel zur Verhinderung von Kriegen waren für die radikalen Pazifisten eine umfassend verstandene Kriegsdienstverweigerung im Sinne der vorhin zitierten WRI-Grundsatzerklärung sowie letztlich ein Generalstreik. Letzterer setzte allerdings – selbst als theoretische Möglichkeit – eine enge Beziehung zu Gewerkschaften und Arbeiterparteien voraus, die nicht vorhanden war. Zwar hatte es nach dem Ersten Weltkrieg eine gegenseitige Annäherung gegeben, die im Dezember 1922 im Haag in einem Weltfriedenskongress gipfelte, zu dem auf Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter der Arbeiterschaft (Zweite und Dritte Internationale, Anarchisten, Syndikalisten, Gewerkschaften) und ein breites pazifistisches Spektrum zusammentrafen. Eine dauerhafte Annäherung ergab sich daraus aber nicht. Unterstützt wurde von den radikalen Pazifisten der Gedanke der Kriegsächtung, der – wenn auch nur eingeschränkt – im

12 Der Plan Of Campaign Against All War and All Preparation for War ist abgedruckt in: Bart de Ligt, *The Conquest of Violence. An Essay on War and Revolution*, London 1989, S. 269–285.

Briand-Kellogg-Pakt von 1928 erstmals völkerrechtlichen Niederschlag fand. Für die Radikalpazifisten bedeutete Kriegsächtung allerdings die Ächtung jeden Krieges schlechthin, auch des Exekutions- und Verteidigungskrieges.

Die zweite große Strömung in der Weimarer Friedensbewegung bildeten die organisatorischen Pazifisten. Ihre Protagonisten waren Männer wie Ludwig Quidde, 1914 bis 1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Hans Wehberg, Nachfolger Friedes als Herausgeber der *Friedens-Warte*, oder Hellmut von Gerlach, der auch in der Deutschen Liga für Menschenrechte eine bedeutende Rolle spielte. Gerlach publizierte u. a. in Blättern wie der *Weltbühne*, der *Welt am Montag* und im *General-Anzeiger für Dortmund*. Auch wenn die pazifistische Presse im Vergleich zur Mehrheitspresse schmal blieb, erreichte sie doch in den 1920er Jahren eine Vielfalt und eine Gesamtauflage – zwei- bis dreihunderttausend –, die für heutige Verhältnisse kaum vorstellbar ist. Die völkerrechtliche Richtung im Pazifismus orientierte sich nach wie vor an dem Grundsatz „Friede durch Recht“. Durch den Ausbau der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten sollte der Friede gesichert werden. Als wichtigstes Instrument betrachteten die Vertreter dieser Richtung den Völkerbund, dem sie das Recht auf einen notfalls erforderlichen Sanktionskrieg zubilligten. Ebenso bejahten sie weiter die Vaterlandsverteidigung. Allerdings rückte jetzt auch bei den völkerrechtsorientierten Pazifisten die Abrüstung in den Vordergrund.

Während die deutschen Pazifisten in der Beurteilung des Versailler Vertrags – war dieser eine Folge deutscher Kriegsschuld oder ein Friedensdiktat? – sowie insbesondere in der Frage der Kriegsschuld Deutschlands – war Deutschland der Allein- oder Hauptschuldige an der Entstehung des Weltkriegs? – uneins blieben, akzeptierten sie die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags als Ausgangspunkt für eine allgemeine Abrüstung. Vor allem der ehemalige General Paul Freiherr von Schoenaich wies darauf hin, dass es nicht nur auf eine materielle, sondern ebenso auf eine mentale Abrüstung (Abrüstung der Köpfe) ankomme. Die Reichswehr, die von den radikalen Pazifisten nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch aus politischen Gründen (innenpolitische Gefahrenquelle, Keim eines späteren Aggressionsheeres) abgelehnt wurde, wollten die organisatorischen Pazifisten auf den Boden der Republik stellen. Ihre Vorstellungen blieben freilich ebenso ohne Resonanz wie der Vorstoß von Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD), der 1926 forderte, „die Reichswehr endlich durch die Mitwirkung von Zivilkommissaren bei der Einstellung von Mannschaften und Offizieren dem einseitigen Einfluss reaktionärer Verbände zu entziehen und ihr einen zuverlässig republikanischen Charakter zu geben“<sup>13</sup>.

13 *Friedens-Warte* 27 (1927), S. 22.

Die völkerrechtsorientierten Pazifisten betrachteten den Völkerbund zwar als wichtigstes vorhandenes Instrument der Friedenssicherung, mit seiner konkreten Organisationsform waren sie allerdings nicht zufrieden. Sie forderten seine Demokratisierung – etwa durch ein Parlament der Völker – und die Ausweitung seiner Befugnisse. Einen ebenso kühnen wie originellen Vorschlag erarbeitete Harry Graf Kessler, der 1920 „Richtlinien für einen wahren Völkerbund“ vorstellte. Kessler zielte darauf ab, den Einfluss der Staaten mit ihren Regierungen zugunsten einer Mitwirkung der Völker zurückzudrängen. Der Völkerbund sollte seiner Vorstellung nach als „Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft“ autonomer Körperschaften aus Wirtschaft und Kultur agieren, die sich international organisieren und dem Völkerbund als höchster Integrations- und Kontrollinstanz unterstehen sollten. Ihre gewählten Vertreter (vor allem Hand- und Kopfarbeiter) sollten auf globaler Ebene Regeln für die Produktion, den Konsum und das Finanzwesen aufstellen. Kesslers Entwurf, der für eine sozialistische Interpretation offenblieb, fand in den Jahren 1920 bis 1922 auch in der organisierten Arbeiterschaft Gehör.

Im Unterschied zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg positionierten sich die Pazifisten innenpolitisch eindeutig. Sie wurden zu den entschiedensten Verteidigern der Weimarer Republik. Dennoch oder gerade deshalb gerieten sie immer häufiger in Konflikt mit Teilen des Regierungsapparates. Die Pazifisten forderten eine Eingrenzung der dem Reichspräsidenten in Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung zugestandenen außerordentlichen Vollmachten, um einem Missbrauch zur Einschränkung demokratischer Grundrechte vorzubeugen. Vor allem aber prangerten sie die illegalen Aufrüstungsmaßnahmen an, mit denen Reichswehr und Regierung die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags unterliefen.

Ein Teil der Pazifisten begriff die geheime Rüstung nur als innenpolitische Gefahr, weil sie Deutschland aufgrund der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags für unfähig hielten, einen Krieg zu führen. Diese Gruppe versuchte, durch moderate Stellungnahmen an Parteien und Regierung die Einhaltung der Entwaffnungsbestimmungen zu erreichen. Andere sahen in den geheimen Rüstungsmaßnahmen, der Zusammenarbeit mit paramilitärischen Verbänden, dem Aufbau einer „Schwarzen Reichswehr“, der Einstellung von Zeitfreiwilligen und der Zusammenarbeit mit der Roten Armee sehr wohl die Vorbereitung auf einen Revanchekrieg und prangerten daher die illegale Aufrüstung öffentlich an. Das Reichswehrministerium reagierte mit einer Welle von Anzeigen wegen Landesverrats, wobei der Begriff des Landesverrats enorm ausgeweitet wurde. Die Justiz machte sich zum Erfüllungsgehilfen der Reichswehr und sanktionierte den Bruch internationaler Verträge, auch wenn es nur in wenigen Fällen tatsächlich zu einer Verurteilung kam. Die Verfahren erfüllten aber ihre Funktion, die Pazifisten zu stigmatisieren, sie zumindest teilweise einzuschüchtern und ihre Energien durch Gerichtsprozesse zu binden.

Bis in die Spätphase der Weimarer Republik versuchte die Friedensbewegung, die republiktragenden Parteien zu unterstützen. Durch die Rechtsdrift bei diesen Parteien kam es jedoch immer stärker zu Auseinandersetzungen. In der ehemals liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) fanden Pazifisten faktisch schon ab 1928 keine Heimat mehr. Die völkerrechtlich orientierten Pazifisten versuchten, zumindest in der SPD mit moderaten Stellungnahmen noch Gehör zu finden. Das führte zu scharfen Konflikten mit den kämpferischen Pazifisten, die vor allem im Ruhrgebiet und im Bergischen Land (Westdeutscher Landesverband der DFG) verankert waren und der Frontgeneration des Ersten Weltkriegs entstammten.

Die kämpferischen Pazifisten, deren wichtige Vertreter u. a. Friedrich Kayser, Fritz Küster, Heinz Kraschutzki und Heinrich Vierbücher waren und die sich durch Tatendrang, Willensstärke und Kompromisslosigkeit auszeichneten, hielten eine geistig-moralische Erneuerung Deutschlands und eine grundlegende Abkehr von der preußisch-militaristischen Tradition für notwendig. Dementsprechend sahen sie in der Innenpolitik das vorrangige Kampffeld, auf dem sie der alldeutschen Reaktion eine geschlossene pazifistische Kampffront entgegenstellen wollten. Die kämpferischen Pazifisten orientieren sich zwar an der SPD, und viele aus ihren Reihen gehörten der Partei an, aber sie zielten auf eine eigene Massenbasis, um im Sinne ihrer Vorstellungen Druck ausüben zu können. Als sie 1929 die Vorstandsmehrheit in der DFG übernahmen, kam es zu wachsenden Konflikten mit der zunehmend defensiv agierenden SPD, zumal nach dem Bruch des Wahlversprechens 1928 durch die Zustimmung der Partei zum Bau des Panzerkreuzers A das Misstrauen gegenüber der SPD-Führung groß war. 1931 kam es schließlich zum Bruch zwischen diesem Flügel der Friedensbewegung und der Sozialdemokratie.

Letztlich blieben die kämpferischen Pazifisten in der Abwehrschlacht gegen die Nationalsozialisten isoliert. Der Versuch, in der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) eine Heimat zu finden, scheiterte ebenso wie 1932 die verzweifelten Rufe nach einer antifaschistischen Einheitsfront unter Einschluss von KPD und SPD. Bereits 1924 hatte der Westdeutsche Landesverband der DFG unter dem Motto „Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang“ zum Kampf gegen die nach der Ruhrbesetzung 1923 erstarkenden Nationalisten und Nationalsozialisten aufgerufen. Der Nationalsozialismus war nach Ansicht der kämpferischen Pazifisten nicht durch das kapitalistische Wirtschaftssystem verursacht, sondern eine Folge des preußischen Militarismus und Nationalismus. Dementsprechend konnte er nicht mit revolutionären Parolen, sondern nur durch die ideologische Konfrontation, die dem Volk die Kriegsschuld der Deutschnationalen und ihrer Hintermänner aufzeigte, sowie durch eine expansive Wirtschaftspolitik bekämpft werden. Vor allem im Winter 1930 traten

die kämpferischen Pazifisten dem Nationalsozialismus mit einer Versammlungsoffensive entgegen; oft kam es zu Saalschlachten. Die Ziele der NSDAP erkannten sie hellsichtig: „Innenpolitisch steht uns ebenso sehr Knebelung jeder nicht nationalistisch-hakenkreuzlerischen Auffassung bevor, wie außenpolitisch alles auf eine neue Gewaltprobe hindrängt, die, wie 1918 und 1923, mit einer katastrophalen Niederlage Deutschlands enden muss.“<sup>14</sup>

Es war ein letztlich nicht aufzulösendes Dilemma, dass die politische Analyse des kämpferischen Pazifismus zwar der Wirklichkeit sehr nahe kam, in ihrer konsequenten Kompromisslosigkeit aber zur parteipolitischen Isolierung und auch innerhalb der DFG zu Abspaltungen führen musste. Bürgerliche Pazifisten und sozialistische Antimilitaristen mussten so gemeinsam und gleichzeitig isoliert voneinander machtlos zusehen, wie Deutschland in eine Diktatur verwandelt wurde, die ihre Organisationen gnadenlos zerschlug und anschließend auf einen zweiten Weltkrieg zusteuerte.

Geht man von diesem bitteren vorläufigen Ende zumindest der deutschen Friedensbewegung aus, könnte man geneigt sein, den Pazifisten jede Relevanz abzuspochen. Bezeichnenderweise haben das selbst die Gegner der Friedensbewegung nicht getan. Schon im Deutschen Kaiserreich bekämpften Nationalisten und Militaristen die kleine Zahl der Pazifisten mit Vehemenz. Einige Jahrzehnte später, im Juni 1983, wollte Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister, in den Pazifisten gar die Wegbereiter von Auschwitz erkennen.<sup>15</sup>

Bei einem genauen und nüchternen Blick lassen sich durchaus Wirkspuren der Friedensbewegung auch im hier behandelten Zeitraum erkennen. Michael Howard, ein renommierter Historiker der Militär- und Kriegsgeschichte, hat darauf hingewiesen, dass in Europa „vor 1914 Krieg fast allgemein als akzeptabel betrachtet wurde, als ein vielleicht unvermeidlicher und für viele Menschen wünschenswerter Weg, internationale Streitigkeiten beizulegen.“<sup>16</sup> Die Pazifisten haben sich diesem kriegsfixierten Bewusstsein entgegengestellt und aus einer Minderheitenposition einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es

14 Aufruf des DFG-Vorstands in: *Das Andere Deutschland*, 11. Jg., Nr. 21 v. 21. 5. 1932.

15 Geißler sagte am 15. 6. 1983 in einer Bundestagsrede zur Verteidigungspolitik: „Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ Zit. nach: Vor 25 Jahren: Heiner Geißler hält „Skandalrede“ im Bundestag, Stichtag 15. 6. 2008, in: [www.wdr.de](http://www.wdr.de), <<http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag3566.html>>.

16 Michael Howard, *The Causes of War and Other Essays*, London 1983, S. 9; zit. nach: Peter van den Dungen, *Achievements of Peace Movements*, in: *Twentieth-Century Peace Movements*, S. 15–31, Zitat S. 16.

aufgeweicht wurde und in der politischen Kultur wie in öffentlichen Diskussionen alternative Konfliktbearbeitungsmechanismen allmählich Raum fanden.

Mit kreativen Ideen und durchaus auch realpolitischen Vorschlägen für einen Staatenkongress, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung haben sie die Entwicklung des Völkerrechts beeinflusst und den Weg für zwischenstaatliche Organisationen zur Lösung internationaler Konflikte wie Völkerbund und UNO vorbereitet. Nicht zuletzt formulierten die Pazifisten vielfach die stringenteste Kritik der Außenpolitik ihres jeweiligen Landes. Auch wenn sie die nationale Politik nicht zu ändern vermochten, stellten sie herrschende Dogmen in Frage, brachten Alternativen ins Spiel und öffneten damit für die Zukunft alternative Entwicklungspfade.

Alexander J. Schwitanski (Hg.)

„Nie wieder Krieg!“

Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte  
der Sozialistischen Jugendinternationale

1. Auflage

## Inhalt

*Alexander J. Schwitanski*

Einleitung . . . . . 7

*Wolfgang Uellenberg-van Dawen*

Antimilitarismus in der internationalen sozialistischen Arbeiterjugend-  
bewegung 1907 bis 1939 . . . . . 17

Der Antimilitarismusbegriff der Sozialdemokratischen Arbeiter- und  
Arbeiterjugendbewegung . . . . . 22

Die Jugendinternationale als antimilitaristische Kampforganisation. . . . . 28

Nie wieder Krieg – antimilitaristische Erziehungsarbeit und der Kampf  
für den Frieden in der Sozialistischen Jugendinternationale . . . . . 34

Der Kampf der SJI gegen Faschismus und Krieg . . . . . 43

Fazit . . . . . 54

*Guido Grünewald*

Die deutsche Friedensbewegung 1900 bis 1933 im europäischen Kontext . . . . . 57

*Gerd-Rainer Horn*

Die Krise in der Sozialistischen Jugend-Internationale, 1934–1936 . . . . . 79

Wende zur Einheitsfront . . . . . 81

Zwist in der SJI . . . . . 84

Linksblock versus Rechtsblock . . . . . 86

Die Amicale de Toulouse . . . . . 89

Entschärfung des Konflikts . . . . . 93

Erklärungsversuch und Fazit . . . . . 95

*Alexander J. Schwitanski*

Antimilitarismus als internationaler Dialog – Der CIA-Skandal und die  
Dialogfähigkeit der IUSY im Kalten Krieg . . . . . 101

Der CIA-Skandal . . . . . 101

Titelbild: Titelblatt des Februarhefts der Zeitschrift Arbeiter-Jugend 24 (1932)

1. Auflage Mai 2012

Satz: Griebisch & Rochol Druck GmbH und Co. KG, Hamm

Umschlaggestaltung: Volker Pecher, Essen

Druck und Bindung: Griebisch & Rochol Druck GmbH und Co. KG, Hamm

© Klartext Verlag, Essen 2012

ISBN 978-3-8375-0744-7

Alle Rechte der Verbreitung, einschließlich der Bearbeitung für Film, Funk,  
Fernsehen, CD-ROM, der Übersetzung, Fotokopie und des auszugsweisen  
Nachdrucks und Gebrauchs im In- und Ausland sind geschützt.

[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)